

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/46. Jahrgang

November 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

## Flüchtlings-Probleme in Gießen und anderswo

Dass in Gießen derzeit etwa 5000 Flüchtlinge leben, ist kaum wahrnehmbar - außer dass mehr Menschen mit dunkler Hautfarbe in der Stadt zu sehen sind. Ja, manchmal sind Busse überfüllt (wie zu den Stoßzeiten bei Schulschluss in der Weststadt), manchmal gibt es Belästigungen und es gibt vereinzelte Straftaten, äußerst gering gemessen an der großen Zahl (die Kriminalität steigt nicht an, wie zu DDR-Zeiten, als die freigekauften Häftlinge nach Gießen kamen). Und es gibt eine große Hilfsbereitschaft und Solidarität in der Stadt, wie sie auch in der großen Demonstration mit 1000 Teilnehmern am 17.

Oktober (s. Foto) zum Ausdruck kam. **Leider ist dies nicht überall so.** Rassistische Überfälle und Brandstiftungen haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen – insbeson-

dere in Ostdeutschland, wo Armut und Zukunftsangst am größten sind. Fremdenfeindliche Aufmärsche mit volksverhetzenden Parolen finden unter Polizeischutz statt, während Gegendemonstranten die Staatsge-



walt massiv zu spüren bekommen. Auch die Verfolgung der Brandstifter scheint nur zögerlich stattzufinden – wie Anfang der 90er Jahre, als die Brandanschläge dazu dienten, die

Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl durchzusetzen.

### Rechtes Klima wird geschürt

Auch jetzt wurde von der CDU/CSU/SPD-Regierung - mit Zustimmung der Grünen - das Asylrecht verschärft.

Dieses rechte Klima wird geschürt, insbesondere durch Äußerungen von Seehofer (CSU) und de Maizière (CDU), die damit dem rechten Pöbel Vorschub leisten. Aber auch Justizminister Maas (SPD) trägt dazu bei, indem er auf eine Strafanzeige verzichtete und stattdessen den Pegida-Anführer Bachmann, der ihn übel beleidigt und mit Goebbels verglichen hatte,

„mit Nichtbeachtung strafe“.

### Fluchtursachen

Vorwiegend kommen die Flüchtlinge aus Ländern, die von der „westlichen Wertegemeinschaft“ mit Kriegen überzogen wurden (aus Nahost, Afghanistan...). Die Existenzgrundlage von Millionen wurde zerstört (s. Gießener Echo 9/2015). Als Mitverursacher und Beteiligte hätte die BRD die

(Fortsetzung auf Seite 2)



### Inhalt:

Syrien: Verhandlungen statt Waffen	S.2
Keine Stromsperrungen/Steuerschok	S.3
Hartz IV - Armut/Gegen Evangelikale	S.4
Galeria Neustadt/(Heiligen)Schein	S.5
TTIP-Demo/Griechenland/DFG-VK	S.6
Nazi-Schlösser 'überprüfen'/Leserbriefe	S.7
Termine	S.8

**Für Frieden und Sozialismus!**



# Syrien: Verhandlungen statt Waffen für Terroristen

Nachdem Russland schon seit Jahren die syrische Regierung wirtschaftlich und politisch im Kampf gegen islamistische Terroristen unterstützt, leistet es jetzt auch militärischen Beistand. Auch das wird nicht dazu führen, dass der Staat den Krieg eindeutig für sich entscheiden kann. Zumindest wurden damit wieder Verhandlungen mit den Unterstützern der Terroristen, vor allem NATO und die Golfmonarchien, erzwungen. Die erste Runde brachte wenig: Syrien ist zu politischen Reformen bereit, aber erst wenn die Terroristen besiegt sind. NATO und Golfstaaten fordern als erstes den Sturz von Assad. Beides ist unrealistisch. Den syrischen Machthabern geht es weniger um

Assad als Person, sondern um eine komplizierte Machtbalance zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die bei einem Sturz Assads zerfallen könnte. Zu diesen Gruppen, die die seit 50 Jahren regierende Baath-Partei stützen, zählt die Mehrheit der ethnischen und religiösen Minderheiten und alle Moslems, die nicht in einem von religiösen Führern beherrschtem System leben wollen. Wohin der Zerfall einer solchen Machtbalance führt, kann man an einigen Ländern beobachten, zum Beispiel Somalia, Irak und Libyen. Deshalb müssen die Verhandlungen sofort weitergeführt werden mit dem Ziel, den Terroristen jede Unterstützung zu entziehen. Bis jetzt können sie

ungehindert Handel mit erbeutetem Öl, Kunstschätzen und anderen Raubgütern treiben und sich auf dem internationalen Waffenmarkt bedienen, darüber hinaus werden sie von den Golfmonarchien großzügig mit



Waffen, auch aus Deutschland, versorgt. Vor 14 Jahren haben die USA ihren "Krieg gegen den Terror" begonnen, mit dem vorgeblichen Ziel, Taliban und AlKaida aus Afghanistan zu vertreiben. Jetzt sind die Taliban immer noch dort, AlKaida ist stärker als je zuvor und konnte sich im Irak und in Nordafrika ausbreiten, mit dem Islamischen Staat ist eine noch brutālere Bande gefördert worden. Wenn die NATO bei ihrem unsinnigen „Assad muss weg“ bleibt, könnte als nächstes Syrien in die Hände sich gegenseitig bekriegender Banden fallen. Welche Flüchtlingsströme das auslösen würde, kann man sich leicht ausmalen. Gernot Linhart



(Fortsetzung von Seite 1)

## Flüchtlingsprobleme

Pflicht, sich um diese Menschen zu kümmern. Stattdessen findet ein würdeloses Geschacher statt um Quoten und „sichere Herkunftsländer“, wozu jetzt auch Afghanistan (!) erklärt wurde.

### Einige Zahlen:

Mit gut 800.000 Flüchtlingen rechnet die BRD für 2015. Schweden nimmt gemessen an der Einwohnerzahl - mit großem Abstand die meisten Flüchtlinge in der EU auf - ohne fremdenfeindliche Übergriffe wie hier. In den Nachkriegsjahren hat die BRD bis 1950 12 bis 13 Millionen Flüchtlinge und sog. Vertriebene aufgenommen. Nach 1989 kamen 4,5 Millionen sog. Aussiedler und Spätaussiedler. Wo war das Problem?

## Aber die Wirtschaftsflüchtlinge

Die sind tatsächlich ein reales Problem. Damit sind nicht die Menschen gemeint, die ohne politische Verfolgung kommen, weil sie sich hier ein besseres Leben versprechen. Es sind die Reichen und Superreichen, die durch Steuerhinterziehung die BRD jährlich um mindestens 100 Milliarden Euro betrügen.

Erika Beltz

## DIW: Flüchtlinge nutzen

Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung schaffen Flüchtlinge einen Mehrwert für die Wirtschaft. Ein Flüchtling erwirtschaftet nach fünf bis sieben Jahren mehr als er den Staat kostet, sagte DIW-Präsident M. Fratzscher in "Die Welt".

## Wohnbau schürt Vorurteile

"...die Spielplätze sind teilweise überfüllt, es wird Müll hinterlassen...", "...wurden in diesem Jahr wiederholt Autos aufgebrochen...", "...scheuen Sie sich nicht die Polizei zu rufen..." - das sind nicht Zitate aus einem Text von AfD oder Pegida, sondern aus einem Schreiben der Wohnbau Genossenschaft an die Mieter der Dulles- und Marshall siedlung. Statt um Verständnis für die in der Nähe der Siedlungen untergebrachten Flüchtlinge zu werben, werden Vorurteile geschürt. So mancher der angeschriebenen Mieter war über diesen Brief mit Recht empört. G.L.

# Keine Stromsperrn im Winter!

Antrag von Michael Beltz, Fraktion die Linke, an das Stadtparlament

Der Magistrat wird gebeten, über die SWG dafür zu sorgen, dass zumindest in den Wintermonaten der Strom für säumige Zahler nicht abgestellt wird.

**Begründung:** 344.798 Haushaltskunden wurde im Jahr 2013 der Strom abgeklemmt. Das waren 23.000 Sperren mehr als 2012 und 33.000 mehr als 2011. (Mieter-Zeitung 1/2015) - Es ist nicht zumutbar, dass Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen verarmt sind, in unserem reichen Land frieren müssen, während die Wohlhabenden sich im Süden in die Sonne legen können. Energiesperren im Winter sind eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen und daher mit den Sozialstaatsprinzipien unvereinbar. (MZ 1/2015)

Dieser Antrag sei doch völlig überflüssig, meinten SPD und Grüne in der

Ausschuss-Sitzung. Bevor es so weit komme, gebe es Mahnungen, Ratenangebote und differenzierte Verfahren, so dass eine Stromabstellung eigentlich unmöglich sei. Uneigentlich aber schon, wie Michael Janitzki über einen Fall in seiner unmittelbaren Nachbarschaft berichtete. Wenn es tatsächlich so verschwindend wenig Fälle wären, warum wurde dann nicht dem Antrag stattgegeben? Stattdessen wurde darüber debattiert, dass nur solche Menschen betroffen sein könnten, die einfach „nicht in die Hufe kommen“ (Inge Bietz) oder deren Betreuer nicht pflichtgemäß aktiv geworden sei (Dietlind Grabe-Bolz). Schließlich einigte man sich darauf, dass zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses ein Vertreter der Stadtwerke eingeladen wird, der dann genau Auskunft geben soll - **am Mittwoch, dem 2. 12. um 18 Uhr. M.B.**

Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

Die Neuen **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 030 53 63 55 50



## Eigentum verpflichtet zur Ausbeutung Grundgesetz Artikel 14 (Neufassung)



## Steuerschock für Wohnbau-Mieter

Mieter in sanierten Häusern der Dulles-Siedlung fanden kürzlich eine böse Überraschung in ihrem Briefkasten. Statt einer noch eine Woche vorher angekündigten Rückzahlung von Betriebskosten-Vorauszahlungen für 2014 wurde eine kräftige Nachzahlung gefordert. Grund: Das Finanzamt hat für die Gebäude eine sogenannte Wertfortschreibung vorgenommen, durch die sich der Messbetrag für die Berechnung der Grundsteuer fast verdreifacht. Daraus ergibt sich nachträglich ab 1.1.2014 eine fast dreimal so hohe Grundsteuer. Zusammen mit der von der Stadt beschlossenen Grundsteuererhöhung ist die neue Steuer sogar viermal so hoch wie vor 2014. In der Betriebskostenabrechnung ist die Grundsteuer jetzt der bei weitem höchste Betrag. Die Nachzahlung macht fast eine halbe Monatsmiete aus, sie wird zum 1.12., also ausgerechnet im Weihnachtsmonat, abgebucht. Gernot Linhart

**Gießen:**  
über 1.400  
leerstehende  
Wohnungen

100 Leerstände  
AMMER SOFORT  
SCHLAGNAHMEN  
Für WOHNUNGS-  
SUCHENDE  
GEFLÜCHTETE  
STUDIERENDE

Laut Mikrozensus stehen in Gießen über 1.400 Wohnungen leer.  
Dazu kommen noch Leerstände bei Büro- und Gewerbegebäuden und Gewerbeflächen, die man ohne größere Umstände um- oder auch bebauen könnte.  
Diese Immobilien könnten sofort genutzt werden, um der Wohnungsnot von Gießenern und Flüchtlingen zu begegnen.

Mikrozensus (2011) = kleine Volkszählung **DKP Gießen**

# Hartz IV - Hunger - Obdachlosigkeit

Wie erwartet haben die Regierungsparteien im Bundestag eine Milderung der Hartz-IV-Sanktionen abgelehnt. Damit haben die Jobcenter weiterhin das Recht, Betroffenen jegliche Leistung zu entziehen. Bei Jugendlichen unter 25 Jahren reichen dafür schon zwei „Vergehen“. Jeden Monat sind etwa 7.000 Bedürftige davon betroffen:

Sie erhalten weder Geld für Nahrungsmittel und Bekleidung noch für Miete und Krankenversicherung. Wenn der Hartz-IV-Empfänger nicht zum Jobcenter kommt, braucht er auch nicht zum Arzt gehen - so die scheinbare Logik bei den Sanktionen. Gesundheitliche Probleme durch schlechte oder fehlende Ernährung werden offenbar hingenommen.

In dieses Bild passen auch die Zahlen zur Obdachlosigkeit in Deutschland. Von 2012 bis 2014 stieg die Zahl der Wohnungslosen um 18% auf etwa 335.000 und 2018 werden es schon über eine halbe Million sein. Betroffen sind immer öfter auch Frauen, Migranten und vor allem Kinder. Rund 29.000 Minderjährige sind es bereits, die auf der Straße leben. Für die

zunehmende Verarmung in der Bevölkerung, die fehlenden Sozialwohnungen und die hohen Mieten interessiert sich die Bundesregierung jedoch nicht.

Dagegen wird aber große Freude und Dankbarkeit bei den Hartz-IV-Beziehern gefordert, wenn sich im nächsten Jahr die Regelsätze erhöhen. Um 5 Euro steigt der Betrag für Alleinstehende, 404 Euro können dann „verkonsumiert“ werden. Wahrlich sehr

großzügig! Die „Vollstanktionierten“ haben natürlich nichts davon, sie sollen weiterhin hungern. Wer keine Wohnung mehr hat, kann weiter auf der Straße „leben“.

Hartz-IV muss weg! Ein menschenwürdiges Dasein für alle ist im Kapitalismus nicht vorgesehen. Solange nur der Profit zählt, wird es keine grundsätzlichen Veränderungen geben. Der Sozialismus ist und bleibt die einzige Alternative! Rainer Grabowski



## Kein Geld für evangelikale Indoktrination

### Antrag von Michael Beltz, Linksfraktion:

Der Magistrat wird aufgefordert, für die geplante Kindertagesstätte des Christlichen Schulvereins (Evangelische Allianz) keine finanziellen Mittel bereit zu stellen und somit der Planung der Evangelikalen eine Absage zu erteilen.

*Begründung: Der Versuch der Indoktrination wird deutlich aufgrund des dogmatischen Glaubensbekenntnisses, in dem es unter anderem heißt: „Wir bekennen uns zur göttlichen Inspiration der Heiligen Schrift, ihrer völligen Zuverlässigkeit und höchsten Autorität in allen Fragen des Glaubens und der Lebensführung.“*

*Damit werden die Werte des Grundgesetzes ihrer Bibelauslegung untergeordnet und inhumane Verhaltensregeln als unumstößlich propagiert. Ergänzt wird diese Weltanschauung durch die Diffamierung homosexueller Menschen, die als Sünder und krank beschrieben werden, durch die*

*Verurteilung jeden Schwangerschaftsabbruchs als Verbrechen und durch die Reduzierung der Sexualität allein auf die Ehe.*

Dieser Antrag führte nicht nur zu einer hitzigen, sondern auch unsachlichen Diskussion. Stv. Grothe (Grüne) bemühte sogar seine Geschichtskennntnisse, dass im vergangenen Jahrhundert wohl auch in der DDR Homosexualität strafbar gewesen sei – wobei er nicht erwähnte, dass dies - im Gegensatz zur BRD - nur bis 1957 der Fall war. Im Übrigen wurde sich darauf berufen, dass nicht die Evangelische Allianz, sondern der Schulverein (der Evangelischen Allianz) den Antrag gestellt habe, was im Antrag auch richtig formuliert ist. Außerdem dürfe man dann auch keine katholischen Kitas unterstützen (dies ist tatsächlich eine alte berechnete Forderung, die sich aus der grundgesetzlichen Trennung von Staat und Kirche ergibt) und man sei zur weltanschaulichen Neutralität ver-

pflichtet sei. - Dass die Evangelikalen „in allen Fragen der Lebensführung“ (und darum geht es schließlich in der Erziehung) der Bibel und nicht den humanitären Werten des Grundgesetzes „höchste Autorität“ einräumen, spielte keine Rolle. Damit werden Werte wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Freiheit der sexuellen Orientierung u. a. m. einfach geleugnet. Die Bemühungen des Vortrags von Frau Stibane, die zu Beginn der Sitzung den Aktionsplan der Stadt zur Chancengleichheit vorstellte und dabei auch ausdrücklich die Genderproblematik ansprach, wurden damit konterkariert. Die Tatsache, dass die Evangelikalen die Evolution leugnen, kam noch nicht einmal zur Sprache. Sie behaupten entgegen allen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen bis heute, dass die Welt vor ein paar tausend Jahren mit Adam und Eva entstand.

Selbstverständlich wurde der Antrag im Ausschuss abgelehnt. M. Beltz

# Galerie Neustädter Tor: Zum Jubiläum Rekord-Leerstände

Mit großem Getöse wurde im Jahr 2005 das Einkaufszentrum Galerie Neustädter Tor eröffnet; begleitet von Protesten der Bürgerinitiative Osswaldsgarten und Anwohnern. Auch die Gewerkschaft verdi warnte vor einer Ausdehnung der Handelsflächen in Gießen. Zähneknirschend musste auch der Seltersweg mit Platzhirsch Karstadt zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt Gießen mit CDU-Bau-Rausch an der Spitze sinnvollen Argumenten gegen die Vergrößerung der Einzelhandelsflächen nicht zugänglich war. Selbst eine Demo der Karstadtbeschäftigten (bezahlt während der Arbeitszeit!) vor dem Verwaltungsgebäude konnte die damalige Stadtregierung nicht umstimmen.



Mittlerweile sind 10 Jahre vergangen. Fast jährlich wurden die Center-Manager gewechselt, die dann immer mit denselben Sprüchen in Erscheinung traten: Der Mix der Geschäfte stimmt nicht, wir brauchen mehr Reklame und bessere Werbung, falscher Zuschnitt der Geschäfte, das Umfeld

soll aufgewertet werden usw. usw. Pünktlich zum 10-Jährigen wurde jetzt wieder einmal das komplette Management gewechselt, verbunden mit den üblichen Sprüchen. - Die Kritiker von 2005 haben Recht behalten; die Leerstände gerade im 1. Stock sind rekordverdächtig. Ursachen sind neben den branchenüblichen Problemen aber auch eine Veränderung des Kaufverhaltens der Verbraucher. Gerade Jüngere nutzen das Internet; in der Galerie wird dann lediglich noch Kaffee getrunken und eine Pizza gegessen. Genau dies haben die neuen Manager erkannt, denn der Bereich Foodcourt soll stark erweitert werden. Also guten Appetit in der Gießener Fressgass... Helmut Appel

## Mehr (Heiligen-)Schein als Sein

Kindergärten, Jugendzentren, Kliniken, Altenheime und andere soziale Einrichtungen gehören eigentlich in staatliche Hand. Allerdings gibt es zahlreiche Beispiele, die anderes belegen. Oftmals ist auch die Kirche Träger solcher Institutionen. Das bringt nicht nur Folgen für die Besucher dieser Einrichtungen mit sich, sondern vor allem auch für die Angestellten. Obwohl der Staat bis zu 90% der Kosten kirchlicher Betriebe übernimmt, hat er ansonsten keinen weiteren Einfluss auf diese. Die Kirche ist in der Öffentlichkeit als sozialer Träger bekannt, jedoch gibt sie in der Realität nur etwa 10% ihrer Gelder für soziale Zwecke aus. Hinzu kommt, dass diese ebenso wichtige Grundrechte ihrer Beschäftigten missachtet. Damit machten wir als SDAJ während des Streiks im Sozial- und Erziehungsbereich im Frühjahr konkrete Erfahrungen. Um unsere Solidarität auszudrücken, besuchten wir verschiedene Kitas in Gießen, darunter auch kirchliche. In diesen kamen wir

mit jungen Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch, die es sehr richtig fanden, für die Aufwertung ihres Berufes auf die Straße zu gehen und zu streiken. Dieses grundlegende Streikrecht wird ihnen allerdings durch die Kirche nicht gestattet, weil das deutsche Arbeitsrecht bei ihnen nicht gilt. Dennoch betonten sie ihre Streikbereitschaft. Auch an anderer Stelle konnten wir sehen, was es bedeutet, die Kirche Arbeitgeber nennen zu müssen. Eine junge, ausgebildete Ergotherapeutin aus Gießen beispielsweise, die auf der Suche nach einer Arbeitsstelle war, wurde gezwungen, sich "taufen" zu lassen, um in einer kirchlichen Einrichtung arbeiten zu dürfen. Mittlerweile scheint es also keine Ausnahme mehr zu sein, einer Konfession beitreten zu müssen, um einen Arbeitsplatz in einem sozialen Betrieb zu erhalten. Dieses Beispiel zeigt ganz klar, dass man in sozialberuflichen Tätigkeiten aufgrund seiner religiösen Einstellung diskriminiert wird, was im sozialen



Bereich einen absoluten Widerspruch darstellt. Unserer Meinung nach gehören soziale Einrichtungen nicht in kirchliche Hand. Der Staat muss Verantwortung für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen übernehmen und das vollkommen unabhängig von Glauben und Konfessionszugehörigkeit. Genauso muss auch das im Grundrecht verankerte Arbeits- und Streikrecht für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin garantiert sein. SDAJ Gießen/Marburg

# Eine Viertelmillion gegen TTIP und CETA



Etwa 250.000 Menschen, darunter etwa 100 aus Gießen, demonstrierten am 10.10. in Berlin gegen das geplante Transatlantische Handelsabkommen TTIP. Da viel mehr Teilnehmer gekommen waren als vorausgesehen, reichte die 5 km lange Demonstrationsroute nicht aus, die Demonstranten verteilten sich auf das gesamte Regierungsviertel. In zahlreichen Reden wurde ausführlich begründet, warum das Abkommen verhindert werden muss. Die Argumente behandelten Themen von der Kultur über Tierschutz und Landwirtschaft bis zum Demokratieverständnis. In den Medien wurde von dieser machtvollen Manifestation leider nur sehr unzureichend berichtet. G.L.

## Veranstaltung von DGB und DGB-Jugend zu Griechenland

Im Vortragssaal der Kongresshalle berichteten die griechischen Gewerkschafter Nikolaos Kalogiris (rechts) und Dikaios Psykikos (2.v.l.) von den verheerenden Folgen der durch die EU erzwungenen Verarmungspolitik in ihrem Land. Links im Foto: Stefan Walther vom Gießener Solidaritätskomitee für Griechenland. In der anschließenden Diskussion wurde auch die Politik der in diesem Jahr angetretenen Syriza-Regierung beleuchtet, die nach anfänglichem Widerstand die Politik der früheren konservativen und sozialdemokratischen Regierungen fortführt.



### **Lob der Dialektik**

Wer noch lebt, sage nicht: Niemals!  
Das Sichere ist nicht sicher.  
So, wie es ist, bleibt es nicht.  
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,  
Werden die Beherrschten sprechen.  
Wer wagt zu sagen: Niemals?  
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt?  
An uns.  
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?  
Ebenfalls an uns.  
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!  
Wer verloren ist, kämpfe!  
Wer seine Lage erkannt hat,  
wie sollte der aufzuhalten sein?  
Denn die Besiegten von heute  
sind die Sieger von morgen.  
Und aus Niemals wird: Heute noch!

Bert Brecht

### **Waffenexporte gesteigert: DFG-VK fordert Gabriels Rücktritt**

Der 20. Bundeskongress der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), der im Oktober in Mannheim stattfand, forderte in seiner Abschlussresolution den Rücktritt von Bundesminister Sigmar Gabriel. Noch im Sommer 2013 hatte Gabriel vor der Bundestagswahl öffentlich erklärt, im Falle der Regierungsbeteiligung der SPD und seiner Nominierung zum Bundeswirtschaftsminister, Waffentransfers an menschenrechtsverletzende Staaten zu unterbinden und Rüstungsexporte restriktiv zu handhaben. So äußerte er am 10. Dezember 2013, dem Tag der Menschenrechte: „Ein wichtiger Beitrag für Menschenrechte und Frieden ist eine klare und restriktive Rüstungsexportkontrolle. [...] Wir treten für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein, denn nur das ist ein glaubhafter Ausdruck einer an den Menschenrechten orientierten Politik“. Der Bundeskongress der DFG-VK forderte Sigmar Gabriel daher zum sofortigen Rücktritt wegen des Bruchs der gemachten Wahlversprechungen, des Vertrauensbruchs und der Beihilfe zu Mord auf. (aus: UZ - Zeitung der DKP, 30.10.15)

# Nazi-Schlosser soll "überprüft" werden

Wie zu erwarten wurde die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hermann Schlosser im Stadtparlament abgelehnt, da sie „mit seinem Tod erloschen und der Antrag der Linksfraktion zu deren Aberkennung somit hinfällig“ sei. Das ist so nicht richtig. In den Richtlinien zur Verleihung ist darüber nichts enthalten. Des Weiteren ist es bundesweit üblich, eine Ehrenbürgerschaft nachträglich abzuerkennen wie u. a. die von Hitler, die von mehr als 100 Städten und Gemeinden entzogen wurde, zuletzt im Mai 2014. Das hätte auch dem Rechtsamt der Stadt bekannt sein müssen. Im Übrigen wäre nach dessen Auffassung auch z. B. die Ehrenbürgerschaft von Prof. Richter und Albert Osswald „erloschen“. Dass das Stadtparlament dann einen Antrag von SPD und Grünen zur Aufarbeitung der Berechtigung und der Hintergründe der Verleihung der Ehrenbü-



gerschaft beschlossen hat, ist loblich, aber nicht notwendig. Dass Hermann Schlosser bekennender Nazi und Vorstandsvorsitzender der Degussa war, die sich an geraubtem Gold jüdischer Häftlinge bereicherte und das Giftgas Zyklon B an das Vernichtungslager Auschwitz lieferte, ist hinlänglich bekannt und in den Nürnberger Prozessen sowie dem Auschwitz Prozess dokumentiert. Das muss nicht erforscht werden.

An dem Geld, das Schlosser so großzügig spendete, klebte das Blut und Leid der KZ-Häftlinge, der Ermordeten und der Zwangsarbeiter. Spätestens im Jahr 2003, als der Skandal Schlagzeilen machte, dass ausgerechnet die Degussa an den Arbeiten zur Errichtung des Holocaust-Mahnmals beteiligt war, hätten auch die Gießener Parlamentarier über Schlosser nachdenken können. Während überregionale Medien ge-

nau dies, einschließlich der Gießener „Ehrenbürgerschaft“, thematisierten, hat man hier weggeschaut. Damit setzt die Stadt Gießen ihre zögerliche Haltung gegenüber Faschisten fort, indem sie nicht einmal den Versuch unternimmt, Nazi-Aufmärsche zu verbieten (auch wenn Gerichte dies später aufheben sollten) und indem sie Faschisten so lange in Ehren hält, bis der öffentliche Druck sie zu halbherzigen Korrekturen veranlasst wie beim Greif-Denkmal oder Otto-Eger-Heim. E. Beltz



## Leserbriefe

### Prophetisches Echo

Auf dem Titel der September-Ausgabe es eine Karikatur von Sigmar Gabriel. Durch das Wegstreichen eines Buchstabens wurde aus »Waffenexporte stoppen!« das entlarvende »Waffenexporte toppen!«.

Eine fast prophetische Satire, denn Ende Oktober wurde in einem Zwischenbericht des vom SPD-Chef geführten Bundeswirtschaftsministeriums zugegeben, dass die Bundesregierung von Januar bis Juni 2015 Rüstungs-Einzelausfuhren im Wert von 3,5 Mrd. Euro absegnet hätte - eine 50%ige Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nutznießer der Mordwerkzeuge-Lieferungen waren u. a. Saudi-Arabien, Kuwait, Israel, Irak und die Vereinigten Arabischen Emirate. Also Länder, die für die Flucht von Millionen Menschen aus ihrer Heimat verantwortlich sind. - Der Tod, so heißt es bei Paul Celan, ist ein Meister aus Deutschland. Heinz-W. Hammer

### Flüchtlingsgeschichte

Zu den vielen Geschichten bezüglich der Flüchtlinge fällt mir eine andere ein: *Am Tisch saßen ein Reicher und ein Armer. Auf dem Tisch stand ein großer Kuchen. Der Reiche schnitt ein kleines Stück ab und gab es dem Armen. Auf seinen Teller lud er den ganzen großen Rest und sagte zu dem Armen: Pass auf, der Flüchtling dort will deinen Kuchen haben.* -(Statt Reicher kann man auch Bankier sagen. Es passt einfach immer.)

„Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen.“ Friedrich Schiller

Wolfgang Seibt

### Einwohnerzahlen

Nur mal zur Info: Im Jahre 2002 hatte Deutschland 1,339 Millionen Einwohner mehr als heute. Wenn unser Land 1 Million Flüchtlinge aufnimmt, hätten wir noch 339.000 Einwohner weniger als vor 13 Jahren. Also frage ich mich: Warum dieses Affentheater? "Genug ist genug"

Falk Moldenhauer

### Krankenkassenbeiträge

Die gesetzlichen Krankenkassen haben in den letzten Jahren Milliarden-Überschüsse ergaunert und Milliarden-Rückstellungen getätigt. Heute heißt es, die Beiträge werden 2016 noch mal angehoben, weil Geld fehlt??? - Und kaum einer regt sich auf, dass der sog. Arbeitgeberanteil nicht in gleicher Weise steigt, wie der "Arbeitnehmeranteil".

Uwe Moldenhauer

**Redaktionsschluss für Dezember-Echo: Mi., 18. Nov.**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

## Flucht und Asyl

als Folge der Rohstoffpolitik des Westens (Ökozid!)

mit **Peter Donatus**

Montag, 23. November, 19:30 Uhr,  
Versailles- Zimmer der Kongresshalle

Im Mittelpunkt des Vortrags stehen das seit 1958 andauernde Ökodesaster und die Vernichtung von Lebensgrundlagen im Delta des Flusses Niger. Ein Beleg für die rücksichtslosen und menschen- bzw. umweltverachtenden Geschäftspraktiken der lobbymächtigen Multis in den Ländern der sog. „Dritten Welt“. Der 49-Jährige ist vor 26 Jahren von Nigeria nach mehrmonatiger Isolationshaft geflüchtet und lebt seither in Deutschland.

**Veranstalter: DKP, SDAJ, VVN-BdA Gießen**



## Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern

### Das Gießener Echo kostet Geld

Wir bitten um Spenden und die Bezahlung der Abo-Gebühren auf das Konto:

**Sparkasse Gießen,**  
IBAN: DE75 5135 0025  
0000 1930 70



[news.dkp.de](http://news.dkp.de)

[www.dkp-hessen.de](http://www.dkp-hessen.de)

[dkp-giessen.de](http://dkp-giessen.de)

DKP Gießen auch bei Facebook

### Pressefest der DKP

Vom 1. bis 3. Juli 2016 soll wieder in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest - Volksfest der DKP stattfinden. Zur Finanzierung gibt es bereits die Festbuttons zu 10 bzw. 5 Euro.



### UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**10 Wochen kostenlos testen**  
CompressVerlag, HoffnungsStr.  
18, 45127 Essen  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

Das Friedensnetzwerk Gießen lädt ein

## Zwischen Angst und Aggression

Die Weltmächte rüsten auf und riskieren den Frieden. Welche Alternativen gibt es?

Donnerstag, 19. November, 19 Uhr in der Evangelischen Studierendengemeinde, Henselstr. 7

Es geht um die Hintergründe der aktuellen Fluchtbewegungen und die Zusammenhänge zwischen Rüstungsexporten, Kriegen und Flucht beleuchten.

**Referent: Markus Dobstadt,**

Journalist und Mitarbeiter der Zeitschrift Publik-Forum

## Ist die Fernwasserleitung von Gießen nach Lich notwendig?

Mittwoch, 25. November, 19.30 Uhr, Kongresshalle, Versailles-Zimmer

**Diskussionsveranstaltung mit:**

**Karl-Heinz Schäfer**, Geschäftsführer des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserbetriebe

**Dr. Otto Wack**, Schutzgemeinschaft Vogelsberg

**Michael Janitzki**, Linkes Bündnis Gießen

Moderation: **Elke Koch-Michel**, Bürgerliste Gießen

## LL-Demo am 10. Januar in Berlin

Der Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 10. Januar 2016 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde steht hier: <http://www.ll-demo.de/>

DKP und SDAJ Hessen organisieren wieder eine Busfahrt nach Berlin. Einzelheiten bei der Echo-Redaktion.

## Umsonstladen bittet um Sachspenden

Der Umsonstladen benötigt dringend Herrenschuhe, Kleidung, Haushaltsgeräte, Spielzeug usw., auch für die vielen Flüchtlinge, denen hier geholfen wird.

Öffnungszeiten: Di.: 10:00 – 13:00 Uhr, Do.: 17:00 – 19:00 Uhr. Ort: 36394 Gießen, Ernst-Toller-Weg 3, Bus Linie 1 Richtung Rödgen, Haltestelle Waldstadion